

Hallo zusammen,

kurzer Bericht aus der Kreistagssitzung.

Aus den Berichten ein wichtigster Punkt. Die ersten G8 Klassen erreichen das 10. Schuljahr. Auf der einen Seite wird beim Abgang aus der 9.Klasse kein Realschulabschluß erteilt (Die Mittelstufe 5-10 wurde ja um ein Jahr gekürzt), sondern sie gehen mit Hauptschulabschluß ab, auf der anderen Seite werden die Fahrtkosten der 10. Klasse nicht mehr übernommen. Kawai bezifferte dies mit im Schnitt **1.000 Euro pro Kind**. Hier werden wir uns überlegen, wie wir aktiv werden können.

Ansonsten die üblichen Rechenschaftsberichte des Behindertenrates und der Patientensprecher (Wird wohl öfter gefrorenes Essen in den Kliniken geliefert) sind bestimmt bald online, wer sich dafür interessiert.

Der Haushalt ist wohl mit gravierenden Einschränkungen genehmigt. Hier muss ich selbst nochmal nachlesen, was das bedeutet, insbesondere im Personalbereich sind die Mittel wohl auf dem Stand von 1998 eingefroren worden, die Stellenmehrungen durch übertragene Bundes- und Landesaufgaben nicht nachvollzogen und die Gehaltssteigerung müssen ebenfalls erwirtschaftet werden. Des Weiteren sind wohl Investitionen in die Zukunft gestrichen worden, was den Kreis schädige, so Kawai der heute für alle drei Eiseiligen gesprochen hat. Pipa war zum Chefgespräch wegen Verteilung der 400 Millionen Einsparungen bei den Kommunal финанzen und hat seinen Kämmerer wohl mitgenommen. Mal sehen, was von da noch für Hämmer auf den Kreis zukommen.

Zu den Anträgen der Verwaltung gehörten Schulentwicklungspläne, insbesondere gymnasiale Oberstufe in Wächtersbach. Hier hat Volkmar Krätschmer noch mal eine wegen der Pressemitteilung im Boten zurückgegeben, da wir dies zusammen mit den Grünen schon 2008 beantragt hatten und Krätschmer uns als Lügner dargestellt hat.

Zu den Anträgen der Parteien kam noch einmal der Antrag der FDP eine weitere Autobahnraststätte und/oder einen Autohof an der A66 anzusiedeln. Die Diskussion war auf einem urologischem Niveau, ausgelöst von mir dadurch, dass ich den Dringlichkeitsantrag der FDP mit der Dringlichkeit des Wasserlassens in Verbindung gebracht habe. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt.

Der Antrag zum 6-spurigen Ausbau der A66 wurde mit einem Abänderungsantrag der SPD 1.Klasse im Ausschuss beerdigt. Hier haben wir nochmals ausdrücklich auf den notwendigen Ausbau der Kinzigtalbahn hingewiesen.

Einer der Höhepunkte war der Antrag der REPs auf Beantragung von Fördermittel gegen Linksextremismus und Islamismus aus dem Topf des Bundesjugendministeriums.

Förster hat den Antrag mündlich begründet. Ziemlich krude: Es geht von Rechts keine Gefahr aus, Antifaschismus sei gefährlich, Kritik an der Gegendemo zum NPD AUFMARSCH in Gelnhausen usw. usw.

Keine der etablierten Parteien hat sich zu Wort gemeldet.

Ich habe dies dann kritisiert und auch meine Verwunderung ausgedrückt: "Wer bis jetzt noch glaubt, die Reps seine eine Partei am rechten Rand des demokratischen Spektrums, müsste spätestens jetzt gemerkt haben, dass dies so nicht ist."

Ich habe die Gewalttaten aus der Märzpressemittteilung (siehe unten PM von heute) zitiert und auch auf die mehr 140 Todesopfer rechter Gewalt, seit 1993. Weiter habe ich die Versuche der Rechten, auch von CDU z.B. Bosbach u.a., zurückgewiesen linke und rechte Gewalt gegeneinander aufzurechnen, da die Anzahl und die Qualität eine völlig andere ist. Klar kamen die üblichen Zwischenrufe wegen brennender Autos etc. auch aus Reihen der CDU und FDP. Aber auch ausnahmsweise Applaus aus Reihen der SPD, nur selber was sagen, haben sie sich nicht getraut.

Daniel Mack (GRÜNE) hat dann noch geredet, in unserem Sinne (ähnlich wie die PM unten) wir hätten ihm auch Applaus spenden können, wenn er sich nicht zum Schluss seiner Rede in seinen üblichen Linkenhas hineingeredet hätte und uns als Nummer aus der Augsburger Puppenkiste bezeichnet hätte, womit er wohl meinte, dass wir (die LINKEN im MKK) nicht gewalttätig sind.

Naja, Antrag wurde dann mit allen anderen Fraktionen einmütig abgelehnt.

der Antrag der Grünen auf regelmäßige Co2 Berichte, wurde abgelehnt. Es stellte sich heraus, dass die Grünen eigentlich irgendeine Software anschaffen wollten, die Vergleiche möglich macht. Unseren Änderungsantrag auf Ausdehnung des Berichtes auf alle Treibhausgase, wurde von den Grünen mit dem Argument abgelehnt, dies gebe die Software nicht her und wäre zu kompliziert. Naja, sollen die erst mal lernen ihre Anträge richtig zu formulieren, wie können wir wissen, dass sie Berichte beantragen und Software wollen. Dass hat Volkmar ihnen dann auch deutlich gesagt. Unser Antrag ist dann von allen Anderen abgelehnt worden. Wir sind aber nicht nachtragend und haben den Grünen Antrag trotzdem als einzig Fraktion unterstützt.

Wir dachten schon, wir kämen früh nach Hause, da gab es noch einmal eine lebhafte Diskussion zu einem Berichtsantrag der Grünen zu den Kommunal финанzen und der IHK Studie, die wohl neben der politischen Richtung mit PPP usw. auch inhaltlich in vielen Punkten falsch sein soll.

Die Diskussion entzündete sich aber an der Diskussion um die Schuldigen und einem CDU Redebeitrag mit der üblichen platten Argumentation: "wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, wir können nicht mehr ausgeben als wir einnehmen usw. usw. Da hat Netscher (SPD) dann richtig losgelegt, mit der Frage, wer denn damit gemeint sei mit dem WIR. Ganz gut für die SPD. Als die Diskussion so richtig auf dem Höhepunkt war, habe ich noch einen spontanen Änderungsantrag gestellt und beantragt, die Ver.di Studie zu den kommunalen Finanzen ebenfalls mit einzubeziehen und auch sonst noch ein wenig Öl ins Feuer gegossen. Hat mir viele fiese Zwischenrufe aus der CDU eingebracht (SED, Stasi usw.) habe dann dem Maintaler Bürgermeister Rohrbach anheim gestellt sich doch nach rechts hinten (Reps) zu setzen und ihm nochmals meinen Spruch, den ich schon Bernd Förster gesagt habe: "Das Recht auf Dummheit, ist im Grundrecht auf individuelle Selbstverwirklichung enthalten!" entgegengehalten. Man war der sauer, aber ist der auch -ich will mal sagen- einfach gestrickt. Naja, hat mir nochmals Applaus auch von Grünen und SPD eingebracht, ganz neues Gefühl. Unser Änderungsantrag wurde dann aber trotzdem abgelehnt, und der Grünenantrag nur zur Hälfte beschlossen. Heist: die Teile mit der IHK Studie sind gestrichen wurden.

Im Nachgang gab es noch Nachfragen aus der SPD-Fraktion zur ver.di Studie. Ich habe sie dann an den Fraktionsvorsitzenden Krätschmer mit der Bitte um Weiterleitung an seine Fraktion gemailt und den Nachfragern dies auch gesteckt. Mal sehen, ob er es macht? <http://www.axel-troost.de/serveDocument.php?id=1233&file=4/0/ebf.pdf>

Jetzt ist Pause bis 3.09.2010, nächste Fraktionssitzung Anfang August. Termin kurzfristig, da in dieser Zeit Streiks und Aktionen bei mir auf Arbeit laufen könnten.

Zu guter Letzt: Angelika hatte sich krank gemeldet, Gute Besserung!

Viele Grüße
Andreas

Selbst getippt, Schreibfehler und fehlende Kommata, kann jeder da einfügen und korrigieren, wo er sie für notwendig hält!!! Ich schau nämlich jetzt Fußball.

Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

11.06.2010, Ulla Jelpke

Gewaltstatistik wird willkürlich interpretiert

"Die Legende vom gewalttätigen Linksextremismus lässt sich empirisch nicht beweisen", erklärt Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur "Politisch motivierten Kriminalität" (BT-Drs. 17/1928). "Die offiziellen Zahlen, die eine Zunahme linker Gewalttaten belegen sollen, entpuppen sich bei genauerem Hinsehen als Seifenblasen. Gerade bei den immer wieder genannten Delikten 'Widerstand' und 'Autobrandstiftungen' gibt es kaum belastbare Zahlen, die auf eine Verantwortlichkeit linker Aktivisten hinweisen." Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Insgesamt verzeichnet die Bundesregierung für das Jahr 2009 gerade einmal 259 Widerstandshandlungen gegen Vollzugsbeamte, die sie Linken zurechnet. Angesichts von insgesamt 25.400 angezeigten Verstößen gegen § 113 StGB kann eine besondere Gefährlichkeit der linken Szene nicht bewiesen werden. Eine genauere Aufschlüsselung der Widerstandshandlungen fehlt völlig. Wie viele dieser Delikte im Rahmen von Festnahmen erfolgten, in Zusammenhang mit Demonstrationen oder Protesten gegen Nazi-Aufmärsche, im normalen Streifendienst, wie viele Täter alkoholisiert waren – darüber fehlt jegliche Information. Unbekannt ist auch, inwiefern die betroffenen Beamten aufgrund von Angriffen dienstunfähig waren.

Hinsichtlich der Autobrandstiftungen gibt es keine Statistik über die Gesamtzahl, so dass der Anteil der als 'links' registrierten Taten gar nicht in Relation gesetzt werden kann. Ohnehin haben die Ermittlungsbehörden bisher keine Nachweise für eine relevante 'linke' Tatbeteiligung. Es könne 'keine Auskunft darüber gegeben werden, in wie vielen Fällen es Bekennerschreiben oder -anrufe gegeben hat', so die Bundesregierung. Auch bei Verurteilungen: Fehlanzeige. Wenn dennoch bundesweit 224 Autobrandstiftungen Linken zugeordnet werden, liegt der Verdacht der Willkür nahe. Das muss dann auch für eine ganze Reihe anderer Gewaltkategorien befürchtet werden.

Fazit: Die vorliegenden Zahlen erlauben keine politischen Schlussfolgerungen - schon gar nicht eine Verharmlosung der von Neonazis ausgehenden Gewalt."

Weitere Informationen:

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Pressestelle

Platz der Republik 1, D-11011 Berlin

pressesprecher@linksfraktion.de, linksfraktion.de

Fax: +49.30.227.56801

Hendrik Thalheim, Pressesprecher, Tel. +49.30.227.52800

Archiv der Pressemitteilungen unter
www.linksfraktion.de/pressemitteilungen.php

Abbestellung des Abos unter www.linksfraktion.de/presseabo.php